

Vom „Feindstaat“ zum Pfeiler der Vereinten Nationen: 50 Jahre nach seinem Beitritt setzt sich Deutschland weiter für eine starke Weltorganisation ein

Sven Bernhard Gareis

Zusammenfassung

Am 18. September 1973 traten die Bundesrepublik Deutschland und die DDR den Vereinten Nationen (VN) bei. Bereits zuvor konnte sich die Bundesrepublik schon zwanzig Jahre als „aktives Nichtmitglied“ hohes Ansehen als verlässliche Partnerin in der weltweiten multilateralen Zusammenarbeit erarbeiten. Nach der Wiedervereinigung setzte Deutschland diese Politik des umfassenden Engagements fast nahtlos fort. Das 50. Jubiläum seines VN-Beitritts ist daher ein guter Anlass, anhand ausgewählter Politikfelder Deutschlands Beitrag zu den VN zu untersuchen und zu diskutieren, inwieweit das Land seinen selbstgestellten Ansprüchen gerecht wurde – und weiterhin werden will. Dies soll nach einem kurzen Rückblick auf das VN-Engagement beider deutscher Staaten vor und nach ihrem Beitritt unternommen werden.

Schließlich ging alles dann sehr schnell: Kurz nachdem die 28. Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) in ihrer konstituierenden Sitzung am 18. September 1973 mit Resolution 3050 (XXVIII) die Aufnahme der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) und der Bundesrepublik Deutschland beschlossen hatte, lud VN-Generalsekretär Kurt Waldheim zu einer kleinen Zeremonie. In Anwesenheit von Bundesaußenminister Walter Scheel und seinem Ost-Berliner Kollegen Otto Winzer wurden am Hauptsitz der Weltorganisation erstmals die Flaggen der beiden deutschen Staaten gehisst. 28 Jahre nach Gründung der VN in der Schlussphase des Zweiten Weltkrieges war der letzte der „Feindstaaten“, gegen welche die Organisation gegründet wurde, in zweifacher Gestalt angekommen im Kreis der „friedliebenden Staaten, welche die Verpflichtungen aus dieser Charta zu übernehmen“ (Artikel 4 VN-Charta).



Prof. Dr. Sven Bernhard Gareis

lehrt Politikwissenschaft an der Universität Münster. Seit März 2023 ist er Mitglied des VN-politischen Beirates des Auswärtigen Amtes.

Anders als bei den übrigen „Feindstaaten“, die wie Bulgarien, Japan oder Rumänien bis 1955 alle Mitglieder der VN geworden waren, stand einer Aufnahme Deutschlands dessen Teilung entgegen. Die Bundesrepublik wollte eine Aufwertung der DDR zu einem international anerkannten Staat verhindern, ihr alleiniger Beitritt scheiterte am Widerstand der Sowjetunion im Sicherheitsrat.

Die fehlende Mitgliedschaft stellte für die Bundesrepublik indes kein Hindernis dar, sich bereits sehr früh im multilateralen Kooperationsrahmen der VN zu engagieren. Binnen kurzem gehörte sie praktisch allen Sonder- und Unterorganisationen an und konnte sich als wirtschafts- und finanzstarkes sowie vor allem auch entwicklungspolitisch sehr aktives Nichtmitglied rasch eine hohe internationale Wertschätzung erwerben. Daran konnte – und wollte – die DDR auch nach dem gemeinsamen VN-Beitritt nicht anknüpfen (vgl. Bruns 1978).

Schon vor seiner Wiedervereinigung 1990 war (West)Deutschland also ein Pfeiler der Weltorganisation und blieb dies seither: Seit langem ist Deutschland einer der größten Geldgeber sowie eine auf vielen Politikfeldern engagierte Nation. Als Sitzstaat beherbergt es mehr als dreißig VN-Organe, davon neunzehn auf dem VN-Campus in Bonn. Deutschland zählt zu den Ländern, die in der seit Mitte der 1990er Jahre laufenden Diskussion über die VN-Reform immer wieder als Kandidaten für einen Ständigen Sitz in einem reformierten VN-Sicherheitsrat gehandelt werden. Der Zuspruch, den Deutschland in dieser Debatte erhält, und die guten Ergebnisse bei Wahlen für nichtständige Sitze im Sicherheitsrat sowie zu anderen Gremien belegen seine hohe Wertschätzung in den VN. Die Vereinten Nationen sind bei ihren Bemühungen um internationale Kooperation für Frieden, Sicherheit und nachhaltige Entwicklung mehr denn je auf einflussreiche Staaten wie Deutschland angewiesen – wie auch Deutschland umgekehrt ein hohes Interesse an einer funktionierenden Weltorganisation hat.

2023 steckt die Organisation jedoch in einer bereits Jahre andauernden, tiefen Krise, die geprägt ist durch vielfältige globale Herausforderungen wie die Kriege in der Ukraine, Syrien, Jemen oder Sudan, Klimawandel, die Nachwirkungen der COVID-19-Pandemie, Entwicklungsdisparitäten sowie beispiellosen Flucht- und Migrationsbewegungen bei gleichzeitig schwindender Kooperationsbereitschaft unter den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates und der Staatenwelt insgesamt.

Seit seiner Wiedervereinigung hat Deutschland stets betont, die Bemühungen der VN um einen effektiven Multilateralismus aktiv zu unterstützen (siehe Auswärtiges Amt 1998; Knapp 2003). In seiner Rede vor der 77. Generalversammlung im September 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz dieses Versprechen vor dem Hintergrund der russischen Aggression gegen die Ukraine nochmals unterstrichen und weiteres deutsches Engagement zugesagt (siehe Bundesregierung 2022).

Das 50. Jubiläum seines VN-Beitritts ist daher ein guter Anlass, anhand ausgewählter Politikfelder Deutschlands Beitrag zu den VN zu untersuchen und zu diskutieren, inwieweit das Land seinen selbstgestellten Ansprüchen bislang gerecht wurde – und weiterhin werden will. Dies soll nach einem kurzen Rückblick auf das VN-Engagement von Bundesrepublik und DDR vor und nach ihrem Beitritt unternommen werden.